

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 41

Von 07.Oktober bis

13.Oktober 2024



Foto: Christof Birbaumer

Drei Gemeinderatssitzungen in dieser Periode bisher, dreimal ging es in der „Aktuellen Stunde“ dabei ums Wohnen – dieses Mal eingebracht von der KPÖ. KO Pia Tomedi kritisiert Land und Stadt.

Wohnen bleibt Dauerbrenner

Gemeinderatssitzung bringt Lob für die neuen Stadtwohnung-Richtlinien und Kritik für das Notschlaf-Zelt. Der Wohnungsnotstand wird erneut betont, Anzengruber lässt aufhorchen.

Drei „aktuelle Stunden“ gab es in der bisherigen Legislaturperiode des Innsbrucker Gemeinderates, dreimal ging es um das Thema „Wohnen“. Das Thema sitzt mit dem kaum leistbaren Wohnraum den Innsbruckern und ihrer Politik in den Knochen. Dieses Mal setzte die KPÖ das Thema. **KO Pia Tomedi** kritisiert vor allem das Land scharf: „Jetzt hat die Bundesregierung in einem seltenen Moment der Vernunft die Gesetzeslage geändert und die Landesregierung beschließt das schlechteste Leerstandsabgabengesetz aller Bundesländer, das ist so zynisch.“

Weitere Punkte auf der Tagesordnung beschäftigten sich mit dem Wohnen: Nicht zur Kenntnis nahm die Stadt die Ablehnung des



Landes betreffend den Wohnungsnotstand und startet einen neuen Versuch: „Städtische Wohnungen, Antrag durch Stadt Innsbruck zwecks Feststellung eines ‚quantitativen Wohnungsfehlbestandes‘“. Aufhorchen ließ dabei **BM Johannes Anzengruber (JA)**: „Die Vorbehaltsflächen kommen noch heuer.“ Zur Erklärung: Auf Vorbehaltsflächen muss

mindestens die Hälfte der Fläche mit Stadtwohnungen bebaut werden. Der Rest kann der Grundeigentümer frei bebauen. Auch die neuen Vergaberichtlinien, mit denen mehr Menschen eine Stadtwohnung mieten können, wurden positiv abgestimmt. Obwohl die neuen Vergaberichtlinien großteils positiv aufgenommen wurden, gab es auch Kritikpunkte. So merkte etwa **GR Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz)** an, dass es Extra-Punkte erst ab Pflegestufe drei gibt, obwohl es schon vorher nötig wäre. **KO Benjamin Plach (SPÖ)** schloss sich dem an, hier könnte nachgebessert werden. Dagegen gestimmt haben die FPÖ und KPÖ (den einen geht die Lockerung zu weit, den anderen nicht weit genug), ent-

halten haben sich die Liste Tursky und **GR Reinhold Happ (FPÖ)**.

Im Zuge der Diskussion wurde das Notquartier – ein Zelt – für die Menschen der Notschlafstelle als „unwürdig“ kritisiert. Die Notschlafstelle musste aufgrund eines seit August bekannten Wanzenproblems geschlossen werden. Die Regierung verwies darauf, dass die Notschlafstelle Sache des Landes (TSD) sei. Die Opposition sieht dennoch ein Versagen der Stadtregierung, man hätte das Zelt nicht zulassen dürfen. „Wien ist Weltstadt des Sozialen Wohnens, Innsbruck ist Zeltstadt des Sozialen Wohnens“, sagte etwa **KO Andrea Dengg (FPÖ)**. **Indes pocht GR Sophia Neßler (Grüne)** auf Studentenheime. Nadine Isser

UMSTRITTENES WOHNUNGSPROJEKT

Baustopp nun fix: KPÖ schaltete nach Drohbrief die Staatsanwaltschaft ein

Das Ergebnis fiel erwartungsgemäß aus: Der Innsbrucker Gemeinderat hat Donnerstagabend mit klarer Mehrheit für eine Bausperrung rund um ein umstrittenes Wohnbauprojekt im Stadtteil Amras gestimmt – allerdings ohne öffentliche Debatte, nachdem der Bauwerber den Gemeinderäten

– wie berichtet – rechtliche Konsequenzen angedroht hatte. „Der Baustopp für das Megaprojekt war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sündteures Wohnen gibt es in Innsbruck genug“, betont die Liste Fritz. Die KPÖ schaltete aufgrund des Drohbriefes die Staatsanwaltschaft ein.

Streit um Biomasse-Heizwerk geht weiter

Kemater Gemeinderat lehnte in der jüngsten Sitzung Antrag auf Rückwidmung ab – Opposition schäumt

Die Gegner des Biomasse-Heizwerkes in Kematen geben nicht auf. Auch bei der jüngsten Gemeinderatssitzung kam es zu hitzigen Debatten, weil der Antrag auf eine Rückwidmung der landwirtschaftlichen Fläche, auf der die „TIWAG-Next Energy Solutions GmbH“, kurz „TINEXT“ genannt, das Heizwerk errichtet, abgelehnt wurde. Für Bürgermeister Klaus Gritsch gibt es kein Zurück: „Zu lange wird über das Projekt diskutiert, und es haben für die Realisierung alle Gemeinderatsbeschlüsse und Verordnungen inzwischen Rechtskraft erlangt!“ In die Diskussionen um das Biomasse-Heizwerk mischt sich nun auch die „Liste Fritz“ ein, die in der Causa auch die Landesregierung in die Pflicht nimmt.

Von Gebi G. Schnöll

Die Umwidmung für das Grundstück, auf dem das Biomasse-Heizwerk errichtet wird, ist bereits im Mai beschlossen worden. Die Oppositionslisten SPÖ, „Team Kematen“ und „MFG“ unternahm mehrere Anläufe, um mit Volksbefragungen den Bau des Heizwerkes zu verhindern. Bei der vorerst letzten Volksbefragung im August sprachen sich 60 Prozent der Abstimmenden gegen das Heizwerk aus. Vergangenen Mittwoch musste sich der Gemeinderat mit einem Antrag der Opposition auf Rückwidmung der landwirtschaftlichen Fläche befassen. Der Beschluss fiel mehrheitlich gegen den Antrag aus.

BESCHLUSS STÖSST SAUER AUF. Der Beschluss stößt nicht nur der Opposition, sondern auch „Liste Fritz“-Klubobmann Markus Sint sauer auf. In einer Aussendung heißt es: „Der Kemater Gemeinderat hat einen Antrag der Opposition auf Rückwid-

Prozess zur Unterschutzstellung bestimmt und gemeinsam ausgewiesen. Jetzt wollen sie die Unterschutzstellung wieder aufheben.“ Immerhin zählt diese betroffene landwirtschaftliche Fläche mit der Bodenklimazahl 65 zu jenen mit der höchsten natürlichen Ertragsfähigkeit im Gemeindegebiet von Kematen. „Damit werden die Vorgaben des Landes absurdum geführt. Denn das Ziel der landwirtschaftlichen Vorsorgeflächen ist es, Bodenfraß zu stoppen, Bodenversiegelung zu verhindern, hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen unter Schutz zu stellen und damit die Erzeugung von heimischen Lebensmitteln zu sichern“, sieht Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint generell die landwirtschaftlichen Vorsorgeflächen in Tirol aufs Spiel gesetzt. Er kritisiert auch die halbherzig durchgeführte Suche nach einem alternativen Standort. „Die Liste Fritz hat im Landtag eine Anfrage gestellt, weil wir wissen wollten, ob es alternative Standorte gibt und ob diese gesucht wurden. Defacto haben sie einen einzigen Alternativstandort angesehen! Das ist viel zu wenig, das ist eine Farce. Offensichtlich musste es genau dieser Standort werden!“ Die Vorgänge im Gemeinderat rund um die Widmung des Grundstücks für das Biomasse-Heizwerk sieht Sint sehr kritisch. „Der Bürgermeister und die Gemeinderatsmehrheit haben sich ohne Not in eine demokratiopolitische Sackgasse manövriert. Obwohl sich die Bevölkerung klar und deutlich gegen diesen Standort für das Biomasse-Heizwerk ausgesprochen hat, haben sie die Widmung durchgedrückt und fahren jetzt über den Bürgerwillen drüber. Ein schwarzer Tag für die Bürgerbeteiligung in Tirol“, bedauert der „Liste Fritz“-Klubobmann.

KEIN ZURÜCK. Der Kemater Bürgermeister wehrt sich gegen die Angriffe. „Gegen den Beschluss gibt es nichts zu rüthen. Der Großteil der Ge-



Auf einer landwirtschaftlichen Fläche vor den beiden Gebäuden wird das Biomasse-Heizwerk errichtet. Der Antrag auf Rückwidmung der Fläche wurde vom Gemeinderat abgelehnt.

RS-Foto: Schnöll

meinderäte und ich stehen dazu“, sagt der Kemater Dorfbef, der im RUND-SCHAU-Gespräch auch festhält, dass fast angrenzend an das umstrittene Grundstück vor einiger Zeit rund 5.000 Quadratmeter Grund umgewidmet wurden. „Der Widmungserwerb ist Ersatzgemeinderat und dessen Bruder Gemeinderat. Da gab es im Vorfeld der Widmung überhaupt keine

Probleme“, erklärt Gritsch. Außerdem sei es auch eine Frage der Haftung, wenn die TINEXT das Heizwerk-Projekt stoppen müsste. Der Dorfbef weist auch nochmals auf die Vorteile hin. „Bei der Beheizung des Schul- und Kindergartenzentrums haben wir durch den Vertrag mit der TINEXT bereits jetzt eine Ersparnis bei den Energiekosten von 25 Prozent.“


HVO Diesel
Zukunft tanken.
GUTMANN
www.gutmann.cc/hvo

meint abgelehnt, und so steht einmal mehr eine Vorgabe des Landes auf dem Prüfstand. Denn in Kematen will die landeseigene TINEXT auf einer landwirtschaftlichen Vorsorgefläche in der Größe von mehr als 13.000 Quadratmetern ein Biomasse-Heizwerk errichten. Diese landwirtschaftliche Vorsorgefläche in Kematen haben Gemeinde und Landesregierung in einem aufwendigen

AUS 1



MACH 2

* Beim Kauf einer optischen Brille (inkl. Gläser) ausgenommen Kontaktlinsen wird gratis eine Brille von der Marke INNO-KONTAKT inkl. entspiegelte und gehärtete Gläser in der gleichen Form bzw. Linsenstärke der neuen Brille GRATIS dazu. Näherkonditionen mit anderen Marken. Gültig bis 31.12.2024. Bitte lesen Sie die AGBs.

MILLER UNITED OPTICS optik

Die FACHOPTIKER-KETTE

DEINE NEUE BRILLE. UNSERE 1+1 AKTION.

Jetzt kostenlose Reservebrille beim Kauf einer optischen Brille.*

12x in Tirol www.milleroptik.at

Bei den besten Ackerflächen brennt der Hut

Werden landwirtschaftliche Vorsorgeflächen wieder umgewidmet, fordert die Hagelversicherung, dass eine doppelt so große qualitative Agrarfläche als Ersatz für die Landwirtschaft ausgewiesen wird.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Der Härte-test steht der Tiroler Landesregierung demnächst in St. Johann bevor: Dort sollen 7,5 Hektar bester Ackerböden, der erst 2019 als landwirtschaft-

lich jedoch verhindern, eine Volksbefragung dazu ist fix. 1400 Unterstützungserklärungen liegen dafür bereits vor.

Doch es geht nicht nur um Unterbürg, Liste Fritz und Grüne fordern endlich klare Regelungen im Umgang mit landwirtschaftlichen Vorsorgeflächen. 37.000 Hektar sind in Tirol ausgewiesen. „Was in St. Johann/Unterbürg passiert, ist kein Einzelfall“, sagt Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint. So gebe es etwa im Ortsteil Kneisöll in Breitenbach Begehrlichkeiten rund um eine 7000 Quadratmeter große Wiese, die seit 2019 ebenfalls als landwirtschaftliche Vorsorgefläche geschützt ist. Offenbar, um leistbaren Wohnraum zu schaffen, wie Sint hinzufügt. „In der Gemeinde Kematen geht es um mehr als 13.000 Quadratmeter hochwertige landwirtschaftliche Flächen.“

Für Sint sind Vorsorgeflächen zwar nicht auf ewig in Stein gemeißelt, aber sie können nur bei

einem echten öffentlichen Interesse herausgenommen werden.



„Geisler muss endlich für die Raumordnung eintreten und nicht für wirtschaftliche Einzelinteressen.“

Gebirg/Mair/Grüne (Klubchef)

„Wenn es der Wirtschaft, den Gemeinden und der schwarz-roten Landesregierung in den Kram passt, ist das Schutzstatut der landwirtschaftlichen Vorsorgeflächen schnell vergessen.“ Im Umgang mit den landwirtschaftlichen Vorsorgeflächen würde die Landesregierung laufend ihre eigen-

nen Vorgaben aushebeln und mache sich komplett unglaubwürdig.

„Die Landesregierung und Gemeinden müssen endlich zu ihren Beschlüssen stehen. Nicht gestern unter Schutz stellen und heute als Gewerbegebiet oder Kraftwerksstandort zubetonieren“, fordert Sint. Harsche Kritik übt er am zuständigen Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler (VP). „Geisler ist als ÖVP-Bauernbundmann und Verantwortlicher für die Bodenpolitik im Land das Hauptproblem. Seine politische Hausmacht ist der ÖVP-Bauernbund, seine politische Aufgabe aber eine vernünftige Bodenpolitik für alle Bürger.“ In diesem handfesten Interessenkonflikt verkomme die Bodenpolitik in Tirol leider zum Spielball der ÖVP-Klientelpolitik.

Geisler wehrt sich

Das lässt ÖVP-Politiker Geisler nicht auf sich sitzen und verweist darauf, dass es bereits jetzt schon gängige Praxis der Tiroler Landesregierung sei, bei einer Herausnahme neue Vorsorgeflächen zu schaffen. „So wurden 2023 insgesamt 14,94 Hektar aus den Vorsorgeflächen heraus-, aber gleichzeitig 14,64 Hektar neue aufge-



Rund um das denkmalgeschützte Anwesen „Unterbürg“ soll in St. Johann ein 7,5 Hektar großes Gewerbegebiet entstehen.

Foto: Greenpeace/Kabul

nommen.“ In bestimmten Gebieten bzw. Gemeinden sei leider eine zusätzliche Ausweisung mangels Bodenbonitäten oder zur Verfügung stehenden Flächen allerdings einfach nicht möglich. Zugleich beklagt auch Geisler den großen Verlust von Grünland, überwiegend durch Überbauung. „Aktuell werden nur noch knapp zehn Prozent der Landesfläche intensiv als Acker- und Grünland genutzt.“

Dieser Argumentation stehen wiederum die Grü-

nen sehr kritisch gegenüber. Landwirtschaftliche Vorsorgeflächen sind für Klubchef Gebirg/Mair für den Bodenschutz zu nutzen. „Wenn die Hagelversicherung, die Versicherung der Bauern vor Katastrophenschäden, in Tirol etwas zu sagen hätte, dann müssten für die Versiegelung von 7,5 Hektar in der Region St. Johann 15 Hektar neue Flächen als Vorrangflächen geschützt werden.“

In einer Stellungnahme an das Land Tirol hat sich die Hagelversicherung

nämlich eindeutig zur Problematik rund um die landwirtschaftlichen Vorsorgeflächen geäußert. „Aus Gründen der Versorgungssicherheit sowie aus Umwelt- und Klimaschutzgründen sollten landwirtschaftliche Vorrangflächen grundsätzlich nicht aus der Widmung genommen werden bzw. nur in Ausnahmefällen, wenn als Ersatz die doppelte qualitative Agrarfläche neu in die Widmung aufgenommen wird“, heißt es in einem

Schreiben. Der Erhalt bester Agrarböden habe auch eine Klimaschutzwirkung, weil insbesondere hochwertige Agrarflächen eine höhere Wasser- und CO₂-Speicherkapazität aufweisen würden.

Mair macht Schwarz-Rot dafür verantwortlich, dass es mit dem Bewusstsein für den Wert hochwertiger Böden rapide nach unten geht: „Geisler muss endlich für die Raumordnung eintreten und nicht für wirtschaftliche Einzelinteressen.“



„Nicht gestern unter Schutz stellen und heute als Gewerbegebiet oder Kraftwerksstandort zubetonieren.“

Markus Sint/Liste Fritz (Klubobmann)

liche Vorsorgeflächen ausgewiesen wurde, einem Gewerbegebiet weichen. Die Bürgerinitiative „Freunde des Niederkaisers“ will das

Arzl: Zelt dient als

Die Notschlafstelle in Arzl muss nach einer Kontrolle durch das Arbeitsinspektorat dringend saniert werden.

Eine Kontrolle des Arbeitsinspektorats brachte erschütternde Ergebnisse ans Licht: Bettwanzenbefall und erhebliche Bauschäden zwingen zur Schließung der Notschlafstelle in Arzl. Besonders betroffen sind Frauen und vulnerable Gruppen. Als Übergangslösung wurde ein Zelt aufgebaut. Das Fachteam des Roten Kreuzes hat das Ausweichquartier für die Notschlafstelle mit Feldbetten „bestückt“ und alles Nötige vorbereitet. Seit Montag stehen im Zelt rund 90 Betten zur Verfügung. Gleichzeitig wird die Notschlafstelle am Schusterbergweg saniert und soll ehealdigst wieder öffnen. „Die TSD wollen rasch den „Normal“ Betrieb

der Notschlafstelle sicherstellen und werden auch das Kältetelefon für den Winter aktivieren. Die Stadt Innsbruck unterstützt, wo sie kann“, erklärt Vizebgm. Georg Willi bei einem gemeinsamen Lokalaugenschein mit Bgm. Johannes Anzengruber.

Notschlafstelle

Die Notschlafstelle bietet rund 90 Menschen, nicht nur Schlafplätze, sondern auch warme Mahlzeiten und sanitäre Einrichtungen. Eine Sanierung des Gebäudes wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Ergebnisse der Kontrolle wurden LR Eva Pawlata, Bgm. Johannes Anzengruber und den Verantwortlichen der TSD mitgeteilt.

Polit-Diskussion

Der Zustand der Notschlafstelle und der Bericht des Arbeitsinspektorats haben zu einer heftigen politischen Diskussion

geführt. Die Gemeinderätin von „Das Neue Innsbruck“, Klara Neurauber, fordert die Verantwortlichen in Stadt und Land zu raschem Handeln auf. „Es ist für mich unbegreiflich, warum so lange gewartet wurde, bis es zu einer derartigen Eskalation gekommen ist. Bettwanzen und massive bauliche Mängel hätten schon viel früher erkannt und behoben werden müssen.“ Der freiheitliche Sozialsprecher im Tiroler Landtag und FPÖ-Landespartei-Generalsekretär, LA Patrick Haslwanter, bezeichnet die sofortige Schließung der Innsbrucker Notschlafstelle als ein „noch nie dagewesenes Sozialdrama“. Schockiert zeigt sich NEOS Klubobfrau Birgit Obermüller über die Tatsache, dass die TSD-Notschlafstelle schließen muss: „Bauliche und hygienische Mängel entstehen nicht von heute auf morgen. Es braucht dringend Aufklärung, wer hier die Verantwortung trägt

Notlösung



Die Notschlafstelle in Arzl muss saniert werden.

Foto: TSD



Das Zelt mit rund 90 Betten ist eine Notlösung.

Foto: Willi

und wenn nötig, muss ein neues Kontrollregime eingeführt werden.“ Die aus hygienischen Gründen erfolgende Notschließung der Notschlafstelle am Schusterbergweg auf Verlangen der Arbeitsinspektion erfordert aus Grüner Sicht ein rasches Handeln. „Es gibt genügend leerstehende Gebäude in Innsbruck und Umgebung, die im Besitz

der öffentlichen Hand sind. Diese müssen jetzt als Notlösung adaptiert werden“, erklärt LA Andrea Haselwanter-Schneider von der Liste Fritz. „Bei Notschlafstellen ist die Einhaltung von strengen Hygienestandards notwendig, um die Ausbreitung von Ungeziefer und Krankheiten zu verhindern“, macht Gemeinderätin Evi Kofler (ALi) deutlich.

Zurufe von außen

Hitzige Wortgefechte zum Thema Fernwärmeheizwerk prägten die Gemeinderatssitzung in Kematen!

Die Differenzen waren durchaus zu erwarten - schließlich ging es um das Fernwärmeheizwerk. Das Ergebnis einer neuerlichen Volksbefragung interpretierte MFG-Vorsitzende Elfriede Hörtnagl-Zofall dahingehend, dass sich 60 % der Bevölkerung gegen das Fernwärmeheizwerk ausgesprochen hätten. Aufgrund dieser Zahlen wurde von den Listen MFG, SPÖ und Parteifreie sowie dem TEAM Kematen (gesamt 5 Mandate) ein Antrag auf Rückwidmung eingereicht, der bei den Mandataren der Bürgermeisterliste sowie Gemeinsam für Kematen keine Zustimmung fand.

Die wahren Zahlen

Bei genauerer Betrachtung offenbart sich ein anderer Sachverhalt. An der mittlerweile dritten Volksbefragung (!) beteiligten sich 32 % der rund 2.500 Wahlberechtigten. Von diesen 32 % - und nicht von der Gesamtzahl - waren 60 % gegen das Vorhaben. Von der Gesamtzahl der Abstimmungsberechtigten ausgehend ergibt sich, dass lediglich 19 % und nicht 60 % der Wahlberechtigten für eine Rückwidmung votiert hatten.

Zuruf von außen

Das Projekt hat inzwischen auch die Liste Fritz auf den Plan gerufen. Klubobmann LA Markus Sint spart in einer Aussendung nicht mit Vorwürfen an die Gemeindeführung. Originalzitat: „Die Vorgänge im Gemeinderat rund um die Widmung des Grundstückes

für dieses Heizwerk sehen wir sehr kritisch. Der Bürgermeister und die Gemeinderatsmehrheit haben sich ohne Not in eine demokratiepolitische Sackgasse manövriert. Obwohl sich die Bevölkerung klar und deutlich gegen diesen Standort für das Biomasse-Heizkraftwerk ausgesprochen hat, haben sie die Widmung durchgedrückt und fahren jetzt über den Bürgerwillen drüber.“

Ruf nach Josef Geisler

Dass sich Sint berufen fühlt, LHStv. Josef Geisler einzubinden, um diesen „auf die Stopptaste drücken zu lassen, „ärzert Bgm. Klaus Gritsch in besonderem Maß: „Dass sich Herr Sint kein einziges Mal in dieser Angelegenheit bei mir persönlich informiert hat, sondern nur die falsche Argumentation der mittlerweile bekannten Gegner mit seiner

sorgen für Ärger



Bgm. Klaus Gritsch verwelt auf wahres Zahlenmaterial. ©/P/16

eigenen Betrachtungsweise via Medien hinausposaunt, sagt alles über die Vorgangsweise dieser Bewegung“

Keine Sackgasse

Die Unterstellung einer „demokratiepolitischen Sackgasse“ will der Bürgermeister nicht im Raum stehen lassen. „Es hat

zu diesem Thema von den Gemeindegremien unzählige Sitzungen, Beratungen und auch eine Besichtigung gegeben. Dazu wurden für die Bevölkerung Beratungstage sowie Veranstaltungen und ein großer Informationsabend veranstaltet, bei dem die namhaftesten Fachmänner und -frauen Rede und Antwort standen. Alles wurde von den Experten der Überörtlichen Raumordnung überprüft sowie genehmigt. Es ist damit alles rechtskräftig. Die Causa wurde letztlich - so wie es sich in einer Demokratie gehört - im Gemeinderat mehrfach behandelt. Jetzt gab es dazu einen Gemeinderatsbeschluss mit einer Zweidrittelmehrheit und dieser Beschluss wird umgesetzt. Das ist Demokratie - und ich wüsste nicht, wozu es Josef Geisler brauchen sollte. Das ist eine Angelegenheit der Gemeinde Kematen.“

Es gibt auch schon Erfahrungswerte, so der Bürgermeister weiter: „Als Gemeinde haben wir auf Grund des Umstieges auf die Fernwärme allein am Schul- und Kindergartencampus eine Reduktion von 25 % der Heizkosten erzielt. Wir sparen uns also viel Geld, schonen die Umwelt und erfüllen damit auch alle Vorgaben des Landes hinsichtlich der Energiewende.“

WEITERE INFOS

i ... gibt es auf www.meinbezirk.at unter diesem QR-Code.

